



ASC gewinnt Stadtderby
Nienburg bleibt nach 2:1
gegen den SBV Erichshagen
oben dran.

Seite 9

LOKALES

**Dieter Vehrenkamp nimmt
nach 35 Jahren Abschied**

Nach 35 Jahren im Rat Stöckse, davon 25 Jahre als Bürgermeister verabschiedet sich Dieter Vehrenkamp aus der Kommunalpolitik. In diesen Tagen geht er in viele Räte, um verdiente Kommunalpolitiker zu ehren. Denn Vehrenkamp ist auch stellvertretender Kreisvorsitzender des Städte- und Gemeindebundes.

Seite 14

LOKALES

**Christa Stigge hört als
Ratsvorsitzende auf**

Die Ehrung von langjährigen und ausscheidenden Mitgliedern aus dem Gemeinderat und den Ortsräten im Flecken Steyerberg stand bei der jüngsten Sitzung des Rates in der Aula der Waldschule im Mittelpunkt. Für Christa Stigge war es zudem die letzte Sitzung als Ratsvorsitzende.

Seite 16

WIRTSCHAFT

**Chinas Wachstum
ausgebremst**

Auch das Wirtschaftswachstum Chinas wird ausgebremst. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im Zeitraum Juli bis September um 4,9 Prozent – so langsam wie seit einem Jahr nicht mehr.

Seite 7

PANORAMA

**Elfjähriges Mädchen
in Händen von Sekte?**

Nach dem Verschwinden eines elfjährigen Mädchens in Schwaben gibt es Hinweise, dass das Kind im Umfeld der Sekte „Zwölf Stämme“ ist. Es sei bei dem Pflegevater der Schülerin eine E-Mail eingegangen, die mutmaßlich der Sekte zuzuordnen sei, teilte die Polizei mit.

Seite 22

NIEDERSACHSEN

**Expertenbericht zur Asse
bringt keine Klarheit**

Die Zukunft der radioaktiven Abfälle aus dem maroden Atommülllager Asse bleibt weiter offen. Die Diskussion um die Standortwahl für das Zwischenlager sei noch nicht abgeschlossen, heißt es in einem Expertenbericht.

Seite 21

WETTER



Blick in die Zeit	2	Lokalsport	9
Politik	4	Sport	10
Wirtschaft	7	Lokales	13
Welt im Spiegel	22	Familienanzeigen	24
Fernsehen	23	Rätsel	19

DIE HARKE

Medienhaus

Postanschrift: Postfach 1360, 31563 Nienburg
Vertrieb, Service: (0 50 21) 966 – 500
Redaktion: (0 50 21) 966 – 200
Privatanzeigen: (0 50 21) 966 – 555
Gewerbeanzeigen: (0 50 21) 966 – 444
Online-Geschäftsstelle: www.dieharke.de



Die gruseligen Kürbisse der HARKE-Leser

Halloween steht vor der Tür. Um sich für den gruseligen Brauch langsam in Stimmung zu bringen, baten wir unsere Leser: Schicken Sie uns Fotos Ihrer geschnitzten Kunstwerke! Rund 50 Bilder erreichten die Redaktion, die sich von zwei Werken besonders angetan zeigte: Der linke Kürbis stammt von Uwe Sattler, der Langendammer Wurzeln hat, aber heute in Connecticut/USA lebt. Der Wüterich, der an den „Gitterstangen“ rüttelt, soll übrigens Ex-Präsident Donald Trump darstellen. Und das Kunstwerk zur Rechten stammt von Rico Breitfeld. Weitere tolle Kürbisse auf **Seite 15**

Preisschock bei Diesel: Land will höhere Pendlerpauschale

Althusmann: Bundespolitik muss für Entlastung sorgen. Gütergewerbe dringt darauf, dass Erhöhung der CO₂-Steuer ausgesetzt wird

Von Marco Seng
und Theresa Münch

Hannover. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesdurchschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Auch für Superbenzin war der Höchststand nicht weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO₂-Abgabe und Rohölnachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und Unternehmen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Mobilität dürfe aber kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Pkw mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für

Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, betonte Althusmann.

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in der „Welt“. Bereits mit Einführung des CO₂-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen geben müssen“, sagte er.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. „Die Pendler werden am meisten belastet.“ Die Politik müsse das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO₂-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO₂-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter, Landesgeschäfts-



Mobilität ist für viele nicht mehr bezahlbar. Die Pendler werden am meisten belastet.

Christine Rettig,
ADAC Niedersachsen

fürer der Fachvereinigung Güterkraftverkehr des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkosten für das Gewerbe stiegen damit um rund 9 Prozent. Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten.

Der Dieselpreis hatte am Sonntag den bisherigen Rekord vom 26. August 2012 minimal übertroffen. Auch Benzin nähert sich mittlerweile dem Höchststand: Super der Sorte E 10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiedererstarken der globalen Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt. Seit Jahresbeginn sorgt der Kohlendioxidpreis von 25 Euro pro Tonne für einen zusätzlichen Aufschlag von 6 bis 8 Cent je Liter.

Colin Powell an Corona gestorben

Washington. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, ein pensionierter General und einstiger Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, verstarb am Montag im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie in einem Facebook-Post bekannt gab. Er sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es.

„Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, erklärte die Familie.

Powell, Sohn jamaikanischer Einwanderer aus New York, wurde unter George W. Bush der erste schwarze Außenminister der USA. Seine Amtszeit war geprägt von den Ereignissen nach den Anschlägen vom 11. September 2001.

Seite 5



Colin Powell
FOTO: DPA

Auch FDP will über Koalition verhandeln

Berlin. Die FDP hat den Weg für Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den Grünen freigegeben. Einen entsprechenden Beschluss fassten am Montag der Bundesvorstand und die neu gewählte Bundestagsfraktion einstimmig. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte FDP-Chef Christian Lindner. Die beiden anderen Parteien hatten Verhandlungen bereits zugestimmt.

Lindner machte allerdings deutlich, die angestrebte Ampelkoalition sei vor der Bundestagswahl keine Wunschkonstellation gewesen. Es gebe nach wie vor große inhaltliche Unterschiede, bei denen es bleiben werde. Dies erfordere von allen viel Toleranz und Bereitschaft zu „neuem Denken“.

Seite 4

Polen rügt deutsche Richterwahl

Justizminister in Warschau wirft Berlin „Politisierung“ vor und schaltet höchstes EU-Gericht ein

Von Doris Heimann

Warschau. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Einen entsprechenden Antrag werde er im Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro am Montag in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße. Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter



Sucht den Konflikt: Zbigniew Ziobro, Justizminister von Polen.

FOTO: MATEUSZ MAREK/DPA

in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit neuer Richter am Bundesgerichtshof habe.

Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen. Die EU-Kommission hat wegen der Reformen Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau eröffnet und Klagen beim EuGH eingereicht.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer am Polens Oberstem Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polnischen

Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“, an seiner Unabhängigkeit gebe es Zweifel.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentsabgeordnete sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an, argumentierte er.